Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten eingenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden 1. d. 8gespalt. 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 510. Halle, Donnerstag, den 30. Oktober. 1919.

Erzberger über unsere Finanzen.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 30. Oktober. 113. Sitzung.
Am Ministertisch: Müller und Erzberger.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9¾ Uhr.
Nach Erledigung von Petitionen wird in zweiter und dritter Lesung die Novelle zum Branntweinmonopol angenommen.
Es folgt die
dritte Beratung des Haushalts: Hauptaussprache.

Minister Erzberger:

Der Etat für 1918 hatte eine Gesamtausgabe von 79 Milliarden Mark mit einer Gesamtmehrausgabe von 2½ Milliarden Mark. Für 1919 konnten wir zum ersten Mal wieder anfangen, einen spezialisierten Etat aufzustellen, für 1920 hoffen wir bedeutend weniger mit Pauschsummen arbeiten zu können. Der Etat für 1919 balanziert mit insgesamt 57 Milliarden 417 Millionen Mark. Ich werde eine Verfügung erlassen, daß sämtliche Ansprüche, welche aus Anlaß des Krieges erwachsen sind,

in der Frist von drei Monaten anzumelden

sind. (Bravo.) Bis zum 31. März 1920 muß und kann das alles erledigt sein. Für die Ausgaben für 1919 kann das Reichsfinanzministerium erklären, daß es sich streng an die Beschlüsse des Hauses halten wird. Nach den Ergebnissen der ersten fünf Monate kann man auch auf den Eingang der Einnahmen rechnen. Nach sorgfältigen Schätzungen werden die alten Steuern, wie veranschlagt, sechs Milliarden erbringen, die neuen Steuern werden ebenfalls den Erwartungen entsprechen.

Ein fester Posten für die Ausführung des Friedensvertrages konnte nicht eingesetzt werden, denn wir können diese Summe nicht schätzen. Ein Teil davon ist in der Reichsschuld enthalten. Mit Ziffern würde man dem deutschen Volk den schlimmsten Dienst erweisen. Die Entente muß veranlaßt werden, die

deutsche Leistungsfähigkeit zu prüfen

und Summen festzusetzen. Wir wollen den Vertrag loyal innehalten, aber mehr als möglich ist, können wir nicht leisten. Der Friedensvertrag kann nicht mit Geld und Gold erfüllt werden, sondern durch Güter und Leistungen und Billigung von Forderungen. Die Transportschwierigkeiten und der Rohstoffmangel hindern uns schon jetzt an der Erfüllung unserer Verpflichtungen. Nur von dem Mehrwert über unser Existenzminimum hinaus können wir zahlen. Darum muß die Leistungsfähigkeit Deutschlands über das Vegetieren hinaus erhöht werden, andernfalls leidet auch die Zahlungsfähigkeit Frankreichs.

Werden wir zu schrau sgesogen,

so müßte sich unsere Ausfuhr ins Ungemessene steigern. Wir kamen als Absatzmarkt für das Ausland gar nicht mehr in Betracht. Darum hat die Entente und die gesamte internationale Arbeiterschaft das dringendste Interesse, daß unsere Leistungen aus dem Vertrage bald vernünftig umschrieben werden. Dieselben Folgen werden von unserer schlechten Valuta gezeitigt. Hebt sich unsere Valuta, so können wir den Wirtschaftsbetrieb h.ben. Vielleicht hilft

eine feste Anleihe,

um das in der Welt herumschwimmende deutsche Geld (etwa 17 Milliarden Mark) in seinem Wert zu konsortieren. Das Volk muß sich selbst helfen, indem jeder seine Pflicht und seine Arbeit tut. (Beifall.) Die Sicherung des Loches im Westen, die Einrichtung der alten Zollgrenze, die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht kommen ergänzend hinzu. Wir werden die Bestrebungen, den Kredit durch den Veredelungsverkehr zu heben, in jeder Weise fördern, die Einfuhr von Luxusartikel möglichst eindämmen.

Die

Herabsetzung der schwebenden Schuld

ist meine größte Sorge. Der Krieg hat uns nicht blos 99 Milliarden Kriegsanleihen gebracht, sondern auch noch 50 Milliarden schwebender Schuld. Diese mußten wachsen, weil der ganze Kriegsplan und seine ganze Politik aufgebaut war auf dem Hindenburg-Programm. Wir haben neue Ausgaben achabt, nur 5 Milliarden Mark für Lebensmittel und Rohstoffe-Unterstützungen. Alles andere sind Kriegsausgaben. Dazu kommt, daß wir im Kriege nicht einmal den Zinsendienst durch Steuern aufgebracht haben, ebensowenig die Ausgaben für das stehende Heer. Wir brauchen neue Anleihen. Der neue Weg der Pfänden-Anleihe bringt, wie wir hoffen, ein günstiges Ergebnis. Wir sind einen Schritt weiter gekommen und werden nicht mehr zaudern. Wir bedürfen aber der Mitarbeit des ganzen Volkes. (Beifall bei der Mehrheit.)

Es beginnt die Einzelberatung.

Bei dem Kapitel Reichskanzler bemerkt Abg. Mumm (Dntl.): Es sei ein Fehler gewesen, daß man in der Frage der Alamen wie der Balten nicht auf die Stimme des Blutes gehört habe. Erzberger habe 1914 sogar die englischen normannischen Inseln annektieren wollen.

Der Oberkommissar für Danzig.

Danzig, 30. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die bevorstehende Ankunft eines interimistischen Oberkommissars für den Freistaat Danzig gehen seit einigen Tagen Gerüchte um. Wie wir erfahren, ist tatsächlich ein Vertreter der englischen Regierung als vorläufiger Oberkommissar bei den Danziger Behörden angemeldet. Im Danziger Oberpräsidium werden Vorbereitungen getroffen, um die geschäftlichen Abteilungen des neuen Oberkommissars unterzubringen. Englische und französische Offiziere weilen, wie wir meldeten, bereits in Danzig, darunter der englische Major Grey.

Die Güterschiebungen nach Nordschleswig.

WTB. Kiel, 30. Okt. **Da in der letzten Zeit große Verschiebungen von Gütern, insbesondere Vieh- und Getreidetransporte vom Süden in das nordschleswigsche Abstimmungsgebiet stattgefunden haben, ist die Südgrenze des Abstimmungsgebiets durch Truppen gesperrt worden. Alle Getreide-, Vieh- und sonstige Warentransporte, welche diese Linie passieren, bedürfen einer Genehmigung des Demobilmachungs-Kommissars.**

Riesendiebstähle auf dem Frankfurter Bahnhofe.

Frankfurt a. M., 30. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die Frankfurter Kriminalpolizei ist gewaltigen Veranbungen auf dem Hauptbahnhof auf die Spur gekommen. In den letzten Tagen verschwanden durch das Anleben falscher Begleitzettel und durch gefälschte Frachtbriefe vier Waggons englisches Büchsenfleisch, zwei Waggons Kaffee und ein Waggon Leder. Der Gesamtwert beträgt mehrere Millionen Mark. Die Verschiebungen geschahen mit Hilfe bestochener Eisenbahnbeamter, die die Wagen nach kleineren Vorortsstationen rasseln ließen, wo sie von Räubern ausgeplündert wurden. Als nun gestern früh ein Waggon Leder das gleiche Schicksal erfahren sollte, wurden die Räuber überrascht und festgenommen. Das Haupt der Räuberbande ist der 41 Jahre alte Gastwirt Joseph Haindel, der als Ringkämpfer unter dem Namen Petersen weithin bekannt ist.

Die Sowjetregierung droht.

Berlin, 30. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Die Londoner „Times" berichtet von einem drahtlosen Telegramm Tschitscherins aus Moskau, das an die deutsche Regierung übermittelt worden ist. In dieser Note heißt es: Die russische Regierung hat Kenntnis davon erhalten, daß die Ententemächte der deutschen Regierung eine Aufforderung haben zugehen lassen, an der Blockade Sowjetrußlands tätigen Anteil zu nehmen. Die deutsche Regierung wird hingewiesen auf die Tatsache, wenn Deutschland an der Blockade gegen Sowjetrußland teilnehmen werde, das von der Sowjetregierung als ein wohlbedachter feindseliger Akt angesehen werde. Die Sowjetregierung zweifelt nicht, daß sich die deutsche Regierung der Konsequenzen wohl bewußt ist, die ein solcher Schritt zur Folge haben würde und daß unter solchen Umständen die Sowjetregierung entschlossen ist, mit entsprechenden Gegenmaßregeln vorzugehen. Die Sowjetregierung vertraut darauf, daß die deutsche Regierung die Forderung der Entente, die eine Verhöhnung der elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit ist, mit aller Entschiedenheit ablehnend beantworten wird.

Neue Verpflegung durch England.

WTB. Breslau, 30. Okt. **Ein am Mittwoch abend aus dem englischen Gefangenenlager Donnington Hall zurückgekehrter Offizier berichtet der „Schlesischen Volkszeitung": Im Kriegsgefangenenlager Donnington Hall werden gemäß einer Verfügung der englischen Regierung der Führer der deutschen Seestreitkräfte von Scapa Flow, Admiral Reuter, ein Kapitänleutnant, ein Oberleutnant z. See, drei Londonflieger, ein U-Bootskommandant und sechs Mannschaften als Ordonnanzen zurückbehalten werden. Die Offiziere sollen vor ein Gericht gestellt werden, die übrigen etwa 120 Offiziere werden nicht in die Heimat entlassen, sondern sollen bis nach Erledigung des Gerichtsverfahrens in Donnington Hall zusammengezogen werden.**

Anmerkung des WTB.: Eine amtliche englische Bestätigung dieser Meldung liegt nicht vor.

Gemeinderatswahl in Fiume.

WTB. Amsterdam, 30. Okt. Die „Times" melden aus Mailand, daß bei der Gemeinderatswahl von Fiume von 10 331 Wählern 7155 gestimmt haben, davon 6999 nach der von der nationalen Vereinigung vorgelegten Liste. Dies werde in Italien als eine neue Kundgebung zugunsten der Annexion angesehen.

Vertrauensvotum für die englische Regierung.

WTB. Amsterdam, 30. Okt. „Nieuwe Rotterd. Courant" meldet aus London vom 29. Oktober: Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes, demzufolge das Reichsverteidigungsgesetz hinsichtlich gewisser Bestimmungen auf ein Jahr verlängert wird, stellte die Regierung die Vertrauensfrage. Sie erzielte eine Mehrheit von 283 gegen 68 Stimmen.

Englands neue Rechnung.

Lloyd George — Curzon — Churchill.

-er. Berlin, 30. Oktober 1919.

Das englische Kriegskabinett ist tot. Es besteht jetzt ein Friedenskabinett von 21 Mitgliedern, eines der zahlreichsten Ministerien, die England je besessen. Eine Regierung, die von Aemtern und Persönlichkeiten nur so wimmelt. Wer aber wird regieren? Das Kriegskabinett war ein Triumvirat oder eigentlich nur eine Diktatur Lloyd Georges. Wird die ungeheure persönliche Macht, die der Kaiser im Kriege zusammenraffte, nun wieder auf mehrere Köpfe verteilt? Auf die Parteien verteilt bleibt der Einfluß. Denn das Ministerium ist nach wie vor kein Partei-, sondern ein Koalitionskabinett. Lloyd George schafft sich nur andere Handlanger. Bonar Law ist als Großsiegelbewahrer kalt gestellt. Er war nie ein Politiker von großen Geistesgaben. Er amtierte als Sprecher. Er kam einst an die Spitze der konservativen Partei und wußte selbst nicht wie. Balfour hatte verzichtet und man wurde zwischen Auston Chamberlain und Walter Long nicht einig. So wählte man Andrew Bonar Law, der zeitlebens nur ein Steckenpferd hatte, die Schutzzollfrage. Im Kriege wurden die Konservativen zum Tragen der Verantwortung herangezogen, und so ergab sich für Bonar Law die große Laufbahn von selbst. Etwas anderes ist es mit Balfour, der in die Versenkung eines Lordpräsidenten des Geheimen Rates verschwindet. Sein Name war ein Vierteljahrhundert lang in aller Munde. Zwar auch kein vulkanisches Genie, war er doch ein durch und durch geschulter typischer Vertreter englischer Regierungskunst. Der Kriegsausgang und die Rolle, die er als einer der fünf englischen Vertreter auf der Pariser Friedenskonferenz spielte, verschafften ihm den glänzenden Abgang, auf den er kaum mehr hatte hoffen können. Denn auch sein Stern war verdunkelt durch die Sonne Lloyd Georges. An Balfours Stelle tritt, wie schon vorige Woche bekannt wurde, als Minister des Aeußern, Lloyd Curzon, der große George Nathaniel Curzon, der 1859 geboren, also gar nicht so steinalt ist, wie man ihn meist darzustellen beliebt. Lord Curzon of Kedlestone wird neben Lloyd George zweifellos keine Puppe sein. Er war seit Dezember 1916 bis jetzt im Koalitionskabinett Lordpräsident des Geheimen Rats und wußte während aller Wechselfälle des Krieges seinen Einfluß trotz der isolierten Lage des Amtes sehr wohl geltend zu machen. Er saß wie Buddha auf dem Throne seiner indischen Träume. Der Vizekönig a. D. konnte auch während des Krieges nur indisch denken. Fragte man ihn nach dem britischen Kriegsziel, so sah er im Geiste die Gurkhas und Sikhs in den Gärten von Potsdam spazieren gehen. Das ist zwar nicht eingetroffen. Aber die alliierten Kontrollkommissionen haben wir in Berlin. England hat seinen Fuß auf den deutschen Nacken gesetzt, und Lord Curzon steht mitten in der Erfüllung seines Traumes: der Beherrschung von ganz Vorderasien, der Begründung eines ägyptisch-arabisch-persischen Protektorats. Er kann jetzt als britischer Außenminister die genußreichste Gehirnfunktion politischer Größe ausüben: er kann in Kontinenten denken. Seit jenen Zeiten, da er zum erstenmal in Downingstreet amtierte, welch ungeheurer Zuwachs britischer Macht (auf Deutschlands Kosten!). Der zähe Lord wird weder unter der Wucht der neuen Aufgabe, noch unter Gewissensbissen Deutschland gegenüber zusammenbrechen. Er hat Nerven von Stahl. Er hat sich seit Jahr und Tag vorbereitet. Lloyd George und er werden die erste Friedensregierung bilden. Und noch ein dritter wird hinzukommen: Churchill tritt wieder auf den Plan. „Winnie", wie ihn seine boshaften Freunde nennen, hat sich im Kriege als Dilettantenstratege mehrfach schier unheilbar bloßgestellt. Aber der Erfolg des Krieges hat ihm recht gegeben. Und auf den Erfolg kommt es eben an, auch wenn man selbst gar nichts dazu beigetragen hat. Er wird als Kriegsminister das Problem zu lösen haben, wie man das „gefährliche" Deutschland in Schranken hält. Von den übrigen Ministern werden zum engeren Kreis der wirklich Regierenden wahrscheinlich nur noch zwei zugelassen: Eric Geddes als Finanzminister und Barnes, der zwar ohne Portefeuille ist, aber in Völkerbundsfragen ausschlaggebend werden dürfte. Als Vertreter von Arbeiterkreisen ist er jedenfalls unentbehrlich. Mehr wie fünf Minister werden es nicht sein, die künftig die Geschicke Englands leiten. Vor dem Kriege waren es ja nur drei: Asquith, Grey und Haldane. An der Spitze

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191030038/fragment/page=0001

ver Krieg führt nun Lloyd George das märchenhaft vergrößerte englische Weltreich herrlichen Tagen entgegen — falls nicht die innere soziale Revolution einen Strich durch die imperialistische Rechnung macht. Nur wenn Lloyd George die Arbeiter niederhält, kann Curzon auf dem weißen Elefanten durch die Welt reiten.

Dr. Fritz Auer.

Die Einigung in Bitterfeld.

Bitterfeld, 29. Oktober. Die Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben bis spät in die Nacht gedauert. Es ist eine Einigung auf folgender Grundlage erfolgt: Nachdem am Montag morgen bereits die ganze Belegschaft der Grube „Leopold" die Arbeit wieder aufgenommen hatte, liegt kein Grund vor, die technische Nothilfe und den militärischen Schutz auf der Grube beizubehalten. Die Streitigkeiten selbst sind einem paritätisch besetzenden Schiedsgerichte übergeben worden. Die Streikführer sind entlassen worden und werden nicht eher wieder eingestellt, bis das Schiedsgericht sein Urteil gesprochen hat. Die beiden verhafteten Rädelsführer bei den Sabotageakten sind nach Verhör einem ordentlichen Gericht überwiesen worden, das sie auf freien Fuß gesetzt hat, da Fluchtverdacht nicht vorliegt. — In Bitterfeld herrscht völlige Ruhe.

Noskes Stellung erschüttert.

Berlin, 30. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind in der Fraktion der Mehrheitssozialisten der Nationalversammlung mehrere Vorwürfe gegen den Minister Noske erhoben worden, die seine Stellung einigermaßen erschweren. Es hat den Anschein, als würden die Bestrebungen, Noske aus der Regierung zu entfernen, in der mehrheitssozialistischen Fraktion die Oberhand gewinnen. Jedenfalls betrachtet man in unterrichteten Kreisen die Stellung Noskes als stark erschüttert.

Gegen den planlosen Abbau der Reichswehr.

Berlin, 30. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Im Reichswehrministerium ist eine Denkschrift ausgearbeitet worden, die der Entente bei den Verhandlungen über die deutsche Heeresstärke vorgelegt werden soll. Die Denkschrift erläutert, wie man uns mitteilt, in ausgiebiger Weise die Unmöglichkeit, bei einem planlosen Abbau der Reichswehr die innere Ruhe und Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten.

Ungeheurer Fleischmangel und ungemessene Fleischpreise.

Der parlamentarische Sekretär des britischen Nahrungsmittelministers erklärte, im nächsten Jahre werde ein ungeheurer Mangel an Fleisch auf der ganzen Erde herrschen. Vor dem Kriege importierte England eine Million Tonnen Fleisch und Speck jährlich, aber 1920 wird mindestens die doppelte Menge nötig sein. Das übrige Europa wird mindestens drei Millionen Tonnen brauchen, und darum wird es auf der ganzen Welt nicht genügend Fleisch geben, um den Bedarf zu decken. Das wird die Fleischpreise ins Ungeheure steigern, da der Fleischtrust in Amerika alles tue, um diese Not noch zu steigern. Der Trust hat nicht nur alles Vieh, sondern auch sämtliche Futtermittel aufgekauft, um so die Fleischversorgung der ganzen Welt in die Hand zu bekommen.

Große Demostrationen der bayrischen „Uzi" am 9. November.

Der in Nürnberg einberufene Landesparteitag der U. S. P. Bayerns nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Genossen aufgefordert werden, den 7. November in Bayern durch Arbeitsruhe zu feiern und große Versammlungen einzuberufen, in denen die Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung der politischen Gefangenen, Versammlungs- und Redefreiheit und Aufnahme der Verhandlungen mit Sowjetrußland gefordert werden soll. Der Landesvorstand wurde von Nürnberg nach München verlegt.

Selbsthilfe bayrischer Bauern gegen Putsche.

In Bayern haben Landleute sich solidarisch erklärt, keinerlei Lebensmittel mehr an Städte zu liefern, in denen radikale Putsche inszeniert werden. Sie wollen sich mit den Einwohnerwehren zusammenschließen und nötigenfalls gegen die unruhigen Städte marschieren.

Der „Vorwärts" tritt lebhaft dafür ein, daß seine Parteigenossen im Parlament und in der Regierung dafür sorgen, daß die Interessen der Verbraucher im vorbereiteten Reichswirtschaftsrat nicht in den Hintergrund gedrängt werden. — Der am 7. November zusammentretende Reichskohlenrat wird Stellung nehmen zur Wahl der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter für den vorbereitenden Wirtschaftsrat, sowie zur Kohlenwirtschaft überhaupt und zur Regelung der Einfuhr ausländischer Kohlen.

Noch über 500 000 deutsche Kriegsgefangene

Der Nationalversammlung sind bekanntlich am Dienstagabend die letzten Nachträge zum Reichshaushalt zugegangen. In einer Randbemerkung zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung wird mitgeteilt, daß vom 1. Oktober ab noch etwa 538 000 Kriegsgefangene heimzubringen waren, und zwar 411 000 aus dem europäischen Festland ausschließlich Rußland, 84 000 aus England und 43 000 aus Uebersee und dem Osten. Die letzteren müssen wegen der politischen Verhältnisse an der Ostgrenze ebenfalls auf dem Wasserwege heimbefördert werden. Die Gesamtkosten dieser Heimbeförderung werden auf rund eine halbe Milliarde geschätzt. Von russischen Kriegsgefangenen sind noch 210 000 in Deutschland, für deren Unterhalt und Abbeförderung 100 Millionen notwendig sind. Dem Haushalt ist eine Denkschrift über die Ausgestaltung des Heeresabwicklungswesens beigegeben, aus der wir entnehmen, daß im Abwicklungswesen insgesamt gegenwärtig etwa 100 000 Personen, darunter 40 000 Zivilangestellte, beschäftigt sind. Die Zahl der Abwicklungsstellen beträgt noch etwa 1600.

Der Wert Oberschlesien.

Zahlen reden. Befragen wir die Statistik des letzten Friedensjahres 1913, so betrug damals der Wert der gesamten Erzeugung der oberschlesischen Montanindustrie 938,7 Millionen Mark. Davon entfielen auf

die Kohlenförderung	393,7	Mill. Mk.
„ Zink- und Bleierzgruben . . .	36,4	„ „
„ Walzwerkbetriebe	156,3	„ „
„ Eisen- und Stahlgießereien . .	16	„ „
„ Zinkhütten	75	„ „
„ Zinkblechwalzwerke	23	„ „ usw.

Der Verlust Oberschlesiens würde also nach Friedensberechnung für das Reich einen Ausfall von fast 1 Milliarde Mark bedeuten. Die drei hauptsächlichsten Erzeugnisse sind Kohle, Eisen, Zink- und Bleierz. Die 63 Steinkohlengruben, die Oberschlesien 1914 hatte, lieferten fast ein Viertel der deutschen Gesamterzeugung. Mit seinem Gesamtkohlenvorrat, der auf 166 Milliarden Tonnen geschätzt wird, nimmt es die zweite Stelle ein nach dem rheinisch-westfälischen Bezirk (213 Milliarden Tonnen) Schwächer ist die Stellung Oberschlesiens in der Eisenerzeugung Deutschlands. Es stand unter den 16 Eisenerzbezirken 1912 an elfter Stelle. Von den mehr als 1500 Betrieben der Eisen- und Stahlgießerei befanden sich 1912 in Schlesien 105. Der Verlust dieser 105 Werke würde uns heute schwer treffen. Eine besonders wichtige Rolle spielt Oberschlesien in der Blei-, Zink- und Silbererzgewinnung. Vor dem Kriege lieferte es 60 v. H. der deutschen Gesamterzeugung An Zink lieferte es 17 v. H. der Welterzeugung. Die deutsche Förderung von Nickel, Kokalt- und Wismuterzen entstammt fast ganz der einen schlesischen Grube Martha bei Frankenstein.

Wieder ein französischer Mord im Saargebiet.

Berlin, 30. Oktober. Die Tochter eines Grubenbeamten im Saargebiet wurde von einem französischen Soldaten in rohester Weise vergewaltigt und mit einem Dolchmesser so zugerichtet, daß sie alsbald verstarb.

Die ersten Kartoffeln aus Dänemark.

Von den in Dänemark angekauften Kartoffeln ist gestern der Dampfer „Juno" mit etwa 20 000 Zentnern, laut „Voss. Ztg.", in Hamburg eingetroffen.

Minister Koch über Deutschlands Zukunft.

Kassel, 29. Oktober. Reichsminister Koch sprach heute in Kassel vor etwa 6000 Personen über Deutschlands Zukunft. Er schilderte den trüben Zustand Deutschlands, bestritt aber, daß alles auf das Konto der Revolution zu setzen sei. Der Krieg habe diese Entwicklung bereits angebahnt. Die letzte Schuld liege darin, daß es vor dem Kriege weder gelungen sei, in der auswärtigen Politik eine klare Haltung zwischen England und Rußland zu gewinnen, noch in der inneren Politik die Arbeiter aus ihrer Entfremdung dem Staate gegenüber herauszuholen. Die Wiederkehr der Monarchie könne nur den inneren Unfrieden verewigen. Eine Regierung ohne die Arbeiter sei ebenso unmöglich, wie eine Regierung nur aus Arbeitern. Ein Hauptteil der Arbeit müßte der Gesundung des Wirtschaftslebens gelten.

Das Betriebsrätegesetz glatt abzulehnen, sei unmöglich, doch müßten die Bedürfnisse von Handel und Gewerbe sorgsam geprüft werden. Die neuen Steuerlasten seien immer noch besser als Staatsbankrott. Das Mitbestimmungsrecht der Beamten könne in weitem Maße ausgedehnt werden. Die Verfassung verbürge ein einheitliches Vorgehen auf kulturellem Gebiete. Erst nach innerer Gesundung könne auswärtige Politik, so wie sie erwünscht sei, betrieben werden. Zur Verzweiflung liege kein Grund vor. Wenn wir vor Experimenten in unserer Staatsform von links und rechts bewahrt bleiben würden, so sei die Hoffnung auf einen allmählichen Aufstieg Deutschlands begründet.

Deutsches Reich.

Die neuen Mannschaftsbezeichnungen.

Nach einer Verfügung des Reichswehrministeriums vom 23. Oktober heißen die Mannschaften der Infanterieregimenter und -bataillone Grenadiere, Jägerbataillone Jäger, Schützenregimenter und -bataillone Schützen, Kavallerie Reiter, Maschinengewehrformationen Schützen, Artillerie, Minenwerferformationen Kanoniere, Fahrer, Pionierformationen Pioniere, Kraftfahrtruppen Kraftfahrer, Nachrichtentruppen Funker, Fahrtruppen (Trains) Fahrer, Sanitätskompagnien Sanitätssoldat.

Eine deutsch-englische Konferenz in London.

Amsterdam, 29. Oktober. „Daily Mail" berichtet, daß England, die sich während des Krieges und seit dem Waffenstillstand für die Verhältnisse in Deutschland und Oesterreich interessieren, nächste Woche mit bekannten Persönlichkeiten aus Deutschland und Oesterreich in London eine Konferenz abhalten werden. Eingeladen sind aus Deutschland u. a. Bernstein, Prof. Bonn, Lujo Brentano, Arthur von Gwinner, Karl Kautsky, Rich. Martin, Graf Montgelas, Max Warburg, Hilferding, Prof. Oppenheimer, Karl Schlesinger.

Die deutschfreundlichen Kundgebungen in Elsaß-Lothringen.

In den letzten Tagen haben, laut „D. Tageztg.", in verschiedenen elsässischen und lothringischen Ortschaften deutschfreundliche Kundgebungen stattgefunden. In Mülhcim und Kolmar kam es zu Kundgebungen für die Autonomie.

Ausland.

Die kritische Fiumefrage und Amerika.

London, 29. Oktober. Reuter erfährt, daß in London eingetroffene Telegramme wenig Zweifel darüber lassen, daß der letzte VorschlagIttonis über die Lösung der Fiumefrage sich nicht als annehmbar für die Vereinigten Staaten herausgestellt hat. Man hofft indessen noch, daß eine Lösung erreicht werden wird. Es verlautet, daß der italienische Ministerpräsident einen weiteren nachdrücklichen Appell an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichtet hat. Die britische und die französische Regierung bringen ihren guten Dienste zur Geltung, um die Lage, die kritisch wird, zu erleichtern.

Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses?

Amsterdam, 29. Oktober. Nach einer Meldung des Pressebüro Radio aus Lnon gibt die japanische Regierung bekannt, daß sie mit England in Verhandlungen zwecks Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages eintreten wird.

Halle und Umgebung.

Halle, den 30. Oktober 1919.

Die Geplünderten von Halle gegen das Tumultschadengesetz.

Der Zweckverband der durch Plünderung geschädigten Geschäftsleute zu Halle veranstaltete am Mittwoch im Mozartsaal eine zahlreich besuchte Protest-Versammlung, die auf das energischste gegen das neue Tumultschadengesetz Widerspruch erhob. Die Versammlung wurde von Herrn Siegmund Lewin geleitet, der sich besonders gegen den § 2, Abs. 1 in neuer und alter Fassung wendete. Dieser Paragraph gewährt nach der neuen Fassung nur denjenigen Schadenersatz, deren Fortkommen durch die Plünderung erheblich erschwert wird. Herr Dr. Richter gab hierauf ein Bild von den Halleschen Plünderungen, die wie der Sicherheitswehr organisiert wurden, so daß laut Gesetz von dem Militärfiskus Ersatzansprüche gestellt werden müßten. Der Redner ging noch auf die Stellung der einzelnen Parteien zum Tumultschadengesetz ein. Während im Plenum alle Mehrheitsparteien gegen den §2 gesprochen haben, sind in der Kommissionssitzung außer einem Zentrumsabgeordneten nur die Demokraten geschlossen für die Absetzung des §2 eingetreten.

Herr Abg. Delius, der dem Ausschuß in der Nationalversammlung, welcher das Gesetz bearbeitet, mit angehört, sprach sich ebenfalls dahin aus, daß für die Halleschen Plünderungsschäden der Militärfiskus ersatzpflichtig sei, und auch die Regierung scheine auf diesem Standpunkte zu stehen, da der Regierungsvertreter in der letzten Sitzung gesagt hat, daß in Halle ein Ausnahmefall vorliege, der besonders zu behandeln sei.

Die Versammlung nahm zum Schluß einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Wir Hallenser Tumultgeschädigten und Tumultgefährdeten, die wir von den deutschen Großstädten prozentual am schwersten betroffen sind, erheben nochmals in letzter Stunde flammenden Widerspruch gegen die den Grundsätzen der deutschen Reichsverfassung und jedem Gerechtigkeitsgefühl hohnsprechende Regelung der Entschädigungsansprüche des neuen Tumultschadengesetzes. Wir Kaufleute, Industriellen, Handwerker, Hausbesitzer und Private wollen keine Almosen, wir fordern das Recht, welches uns die Verfassung gewährleistet.

Wir protestieren aufs schärfste gegen die Bestimmung des § 2 Abs. 1 in alter wie neuer Fassung. Kein Gesetz darf sich mit der durch die Gesamtheit des Deutschen Volkes sanktionierten Reichsverfassung in Widerspruch setzen! Nicht nur die größeren Firmen verlangen gleiches Recht für alle, auch der erwerbstätige Mittelstand, der Privatmann und Arbeiter fordert Ersatz für den Schaden, den er durch Tumulte erlitten hat. Ist das Reich finanziell nicht in der Lage, all die Tumultschäden in vollem Umfange zu ersetzen, so werden die Geschäftsleute auch mit einer prozentualen Befriedigung ihrer Ansprüche zufrieden sein und erwarten die Festsetzung einer genau fixierten Mindestgrenze ihrer Ansprüche.

Wir vermissen die Schaffung einer Berufungsinstanz zur Nachprüfung der tatsächlichen Feststellungen der Ausschüsse, sowie die Zulässigkeit des Rechtswegs gegen die Entscheidungen der Ausschüsse. Im Vertrauen auf unser gutes Recht haben wir Prozesse wegen unsrer Entschädigungsansprüche anhängig gemacht. Wir fordern Aufhebung des § 11, [illegible] nicht weiter geführt werden soll[illegible] mindesten aber Uebernahme der Prozeßkosten durch das Reich. Vor allem aber fordern wir Beseitigung der Bestimmung des § 11, daß unsre Ansprüche gegen das Reich auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1910 beseitigt werden sollen. Wir verlangeen also Streichung der Worte: „auf Grund der Gesetze über die Haftung öffentlich-rechtlicher Körperschaften für Handlungen von Beamten und Militärpersonen". Auch diese Bestimmung verstößt gegen die Reichsverfassung und zwar gegen Art. 131. Dieser Schutz der Verfassung kann nicht durch ein kurz darauf erlassenes Gesetz wieder zunichte gemacht werden. Wir protisieren gegen diese Vergewaltigung und legen schärfste Verwahrung gegen die Außerachtlassung des uns durch die Verfassung gewährleisteten Schutzes ein. Die Ansprüche aus dem Gesetz vom 22. Mai 1910 sind keine Tumultansprüche, sie bauen sich auf einem Verschulden des Reiches auf, da sie aus Amtspflichtverletzungen von Organen des Reiches sich herleiten. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Logik, daß, wenn die jetziger Schützer von Ruhe und Ordnung, falls sie mitpflündern, die Haftung der Stadt zunichte machen, auch, da das Gesetz rückwirkende Kraft hat, für die früheren Schäden von Ruhe und Ordnung das Reich in vollem Umfange einstehen muß. In solchen Fällen muß uns Geschädigten der Anspruch gegen den Reichsmilitärfiskus erhalten bleiben, damit lieber die Schuld seiner Organe und der Personen des Soldatenstandes zu fühnen imstande ist. Wir wollen nur unser Recht, das aber fordern wir mit aller Bestimmtheit!

Ein „Hallischer Universitäts-Kalender"

ist zum erstenmal seit Kriegsende als Sondernummer der Hallischen Universitäts-Zeitung (Schriftl. Dr. J. Theele) soeben erschienen.

Er bringt außer einer kurzen Geschichte der Universität von Geh.-Rat Prof. Dr. O. Kern eine feinsinnige Studie über das Universitätsgebäude von Prof. Dr. W. Waetzoldt, eine Einführung in die Benutzung der Universitäts-Bibliothek durch Dr. J. Theele sowie alle wünschenswerten Führer und Angaben über die Universität und den Allgemeinen Studenten-Ausschuß

Der Struwwelpeter.

Immer, wenn der Vater und die Mutter ins Schauspiel und in die Oper, zum Konzert und zum Vortrag gehen, müssen die Kinder zu Hause sitzen und sich vertrösten lassen auf spätere Jahre. Das hat ein guter Freund der Kleinen, der Baron Carlo von der Ropp, bedacht und sich gesagt: Es gibt so viel des Schönen und Erzählenswerten auf der Welt, daß sicher auch etwas für die Kinder darunter ist. Und er fand den Struwwelpeter und andere erzählende Geschichten vor dem Arzt Heinrich Hoffmann, mit denen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191030038/fragment/page=0002